

Linkes Bündnis Haßberge  
Sabine Schmidt  
In der Au 13  
97522 Sand

Sand 26.01.2020

Herrn Landrat  
Wilhelm Schneider  
Am Herrenhof 1  
97437 Haßfurt

### **Anfrage an den Kreistag**

Sehr geehrter Herr Landrat,

das Linke Bündnis Haßberge betrachtet mit großer Sorge die NATO-Großübung „Defender 2020“, bei der von einer Beteiligung von 37.000 Soldaten, darunter auch deutsche, ausgegangen wird.

Aus dieser Tatsache ergibt sich folgender Fragenkatalog bezüglich der Auswirkungen dieses Manövers auf die Region Haßberge.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Fragen in einem überschaubaren Zeitabstand in einer der nächsten Kreistagssitzungen beantworten könnten.

Die Fragen gliedern sich in verschiedene Themenfelder:

Sind bzw. werden der Kreistag oder weitere Institutionen des Landkreises Haßberge in irgendeiner Weise in die Planungen einbezogen?

1. Ist es zutreffend, dass bei diesem Manöver militärisches Gerät und Kommandostrukturen getestet werden sollen sowie deren Zusammenspiel mit zivilen Strukturen – also auch konkret mit dem Landkreis Haßberge?
2. Wenn dies zutrifft, erbitten wir Auskunft darüber, in welcher Weise diese Einbindung stattfindet.

3. Welche Auswirkungen sind für die Bevölkerung zu erwarten?
4. Mit welchen Umweltbelastungen ist im Rahmen dieses Manövers zu rechnen?
5. Sind eventuelle Schädigungen der Infrastruktur durch übergroße und überschwere Militärfahrzeuge zu erwarten?
6. Ist durch den Transport von tausenden Soldaten und Rüstungsgegenständen mit einer Erhöhung der Unfallgefahr auf den Transportwegen zu rechnen?
7. Laut NN vom 15. 01. 2020 ist im Großraum Nürnberg während der Transporte mit Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs zu rechnen. Trifft dies auch für den Kreis Haßberge zu?
8. Fallen für den Landkreis Haßberge Kosten durch das Manöver an und mit welcher Höhe ist zu rechnen?

Das Linke Bündnis Haßberge wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Fragen in einer der nächsten Kreistagssitzungen beantworten könnten.

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Schmidt

Kreistagssitzung 02.03.2020:

Aussage Landrat: Der Landkreis Haßberge ist nicht betroffen. Es ist wahrscheinlich ein zentral gesteuerter Antrag, der in allen Städten und Kreisen von den Linken gestellt wird. Plädiert in der nächsten Sitzung auf Ablehnung.